

Landesbezirk Berlin-Brandenburg
www.bb-verdi.de

P R E S S E I N F O R M A T I O N

ver.di-Aktion am Montag, dem 11. Juni 2012: Berliner Finanzämter weiterhin in Unterzahl - Jede zehnte Stelle fehlt

Nach der bundeseinheitlichen Personalbedarfsberechnung fehlen den Finanzämtern in Berlin 712 Stellen. Das entspricht der Größe dreier Finanzämter. Der Haushaltsentwurf 2012/2013 sieht lediglich die Anmeldung von 75 zusätzlichen Stellen vor. Damit fehlen weiterhin 637 Beschäftigte.

Durch diesen Personalmangel entgehen dem Land Berlin jährlich Steuereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe, die für den Ausbau der Kinderbetreuung, mehr Sicherheit oder die Instandsetzung von Parks und Straßen dringend benötigt werden.

Der Berliner Landeshaushalt für 2012/13 soll am 14. Juni 2012 vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden. Am Montag, dem 11. Juni wird ver.di daher von 6:00 Uhr bis 10:00 Uhr eine phantasievolle Aktion vor dem Haus des Finanzsenators Klosterstraße 59, 10179 Berlin durchführen, um die fehlenden Beschäftigten sichtbar zu machen.

Für die Senatsverwaltung für Finanzen hat wegen des erheblichen Personalmangels in den Finanzämtern die quantitative Arbeitserledigung absoluten Vorrang. Eine rechtliche und inhaltliche Überprüfung der Steuererklärungen findet kaum noch statt. Damit werden diejenigen begünstigt, die falsche Angaben machen.

Auch der Bundesrechnungshof hat erhebliche Mängel im Steuervollzug festgestellt. In seinem Bericht vom 17. Januar 2012 führt er u. a. aus, „dass der gesetzmäßige Vollzug der Steuergesetze bei der Veranlagung der Arbeitnehmer weiterhin nicht gewährleistet ist. (...) Solange das Steuerrecht nicht grundlegend vereinfacht und das maschinelle Risikomanagement nicht verbessert ist, muss das Risikomanagement durch persönliche Sichtung ergänzt werden, um die Gesetzmäßigkeit der Besteuerung und den Untersuchungsgrundsatz zu gewährleisten.“ Im Rahmen des so genannten Risikomanagements prüft ein Programm die Angaben in der Steuererklärung nur auf Plausibilität.

Der Senator für Finanzen verweigert weiterhin die auch vom Bundesrechnungshof angemahnte angemessene personelle Ausstattung der Finanzämter und nimmt so einen mangelnden Vollzug der Steuergesetze bewusst in Kauf. „Jede vom Senat errechnete Stelle wird auch gebraucht“, so Klaus-Dieter Gössel, steuerpolitischer Sprecher von ver.di in Berlin. „Eine Fußballmannschaft schickt man ja auf Dauer auch nicht nur mit neun Feldspielern auf den Rasen. Berlin kann es sich nicht leisten, auf Steuereinnahmen zu verzichten.“

Für inhaltliche Nachfragen:

Klaus-Dieter Gössel - Vorsitzender der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung und steuerpolitischer Sprecher von ver.di Berlin-Brandenburg (Tel.: 030/9024-10605, mobil: 0176/52358498)

Pressestelle des Landesbezirks der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Dr. Andreas Splanemann – Pressesprecher (Tel.: 030 / 8866-4111)